

Das neue Zeitalter der Energiepolitik

Gerd Weidenhausen

Im Maiheft wurde in dem Artikel »Die Renaissance der Geopolitik II« die Bedeutung energiepolitischer Ziele insbesondere für die USA – mit der Möglichkeit weiterer militärischer Konflikte – nur angedeutet. Die Interessenlagen der Großmächte und Europas in Bezug auf Energiefragen werden durch die Folgen der absehbaren Erschöpfung herkömmlicher Ressourcen in Zukunft immer stärker das globale politische Handeln mitbestimmen. Diese Zukunft hat bereits begonnen.

War das zwanzigste Jahrhundert von der Russischen Revolution bis zum Ende des Kalten Krieges primär durch ideologische Konflikte gekennzeichnet – in den neunziger Jahren scheinbar abgelöst durch einen Konflikt der Kulturen –, so wird das 21. Jahrhundert durch die Frage der Energieversorgung wachsender Wirtschaften charakterisiert sein. Unübersehbar sind die Indizien, die anzeigen, dass wir in ein neues Zeitalter eintreten: Das der Energiepolitik.

In seiner »State of the Union Adress« am 31. Januar 2006 kündigte US-Präsident Bush vor dem Kongress eine »Advanced Energy Initiative« an, in deren Rahmen nicht nur die Forschungsausgaben für saubere Energiequellen um 22% erhöht, sondern auch die amerikanischen Ölimporte aus dem Nahen Osten bis zum Jahr 2025 um 75% reduziert werden sollen. Wie das angesichts seriöser Prognosen, nach denen die USA 2015 60% der Energie importieren müssen, möglich sein soll, steht hier nicht zur Debatte. Auffallen kann vielmehr die Dringlichkeit, die der Energieversorgung in sämtlichen offiziellen Dokumenten der USA, der EU-Staaten, Russlands, Chinas und anderer Nationen beigemessen wird. So wollen Frankreich, England, die USA und Russland im Rahmen der Energiediversifizierung wieder verstärkt auf die Nutzung von Atomenergie setzen.

Während US-Präsident Bush die amerikanische Abhängigkeit vom importierten Öl als ein Problem der nationalen Sicherheit deklariert, erklären seine europäischen Kollegen in ihrem *Grünbuch zur Energiefrage in Europa* vom März 2006 die Sicherung der Energieversorgung Europas als dringlichste Aufgabe der Zukunft. Kein Wunder: Werden doch die sogenannten

hydrokarbonischen Energien – Erdöl und Erdgas – im Jahr 2020 zwei Drittel des Welt-Primärenergiebedarfs ausmachen.

Sonder- und Winkeldiplomatie: Beispiel Kosovo

Der Nato-Gipfel vom 2.-4. April in Bukarest beschloss die Aufnahme von Albanien, Mazedonien und Kroatien in das euroatlantische Bündnis. Bekanntlich waren bis 2004 zehn ehemalige Warschauer Pakt Staaten in das Bündnis aufgenommen worden, nämlich Polen, die Tschechei, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die baltischen Staaten. Bei der Aufnahme der militärisch und wirtschaftlich alles andere als potenten Balkan-Staaten Albanien und Mazedonien kann auffallen, dass durch diese, ausgehend vom bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas, die »Albanien-Mazedonien-Bulgarien-Ölpipeline« (AMBO) in Richtung des albanischen Mittelmeerhafens Vlora verlaufen soll. Diese größtenteils von den USA finanzierte und protegierte Pipeline würde nahe der Südgrenze des Kosovo nicht weit von dem dort befindlichen größten US-Militärstützpunkt in Europa, unter dem Namen *Bondsteel* bekannt, den Norden Mazedoniens durchqueren. Die eilige Anerkennung des Kosovo zu einem eigenen Staat und die Aufnahme gerade Albanien und Mazedoniens zu einem Zeitpunkt, wo AMBO kurz vor der Fertigstellung steht, scheinen nicht gerade einem Zufall geschuldet zu sein. Am 25. Januar 2008 übernahm der russische Gas-Gigant *Gasprom* für 400 Millionen Dollar 51% des serbischen Öl- und Gas-Konzerns NIS, weitere 500 Millionen Dollar sollen in die serbische Infrastruktur investiert werden. Es sah

danach aus, als ob Russland Serbien zum zentralen Transitknoten russischer Energielieferungen nach Süd- und Zentraleuropa machen wollte. Ende März verkündete US-Präsident Bush demonstrativ die Belieferung des Kosovo mit modernstem US-Waffengerät. Neben *Bondsteel* sind gleichsam noch andere US-Militärstützpunkte in Planung. Es scheint, als wollten die USA den Kosovo zu einem gigantischen Militärstützpunkt verwandeln. Gerne werden im Westen diesbezüglich die vehementen russischen Proteste übersehen, die zu Recht darauf verweisen, dass sowohl die Anerkennung der serbischen Provinz Kosovo zur Eigenstaatlichkeit als auch dessen Bewaffnung mit Kriegsgerät dem Völkerrecht und der UN-Resolution 1224 widersprechen, also internationales Recht aufheben.

In dieses Bild fügt sich auch die Begebenheit nahtlos ein, dass Bushs Anweisung zur Aufrüstung des Kosovo zwei Tage nach dem Moskau-Besuch von US-Außenministerin Condoleezza Rice und US-Verteidigungsminister Robert Gates geschah: Beide US-Minister riefen Russland während ihrer Visite martialisch dazu auf, mehr Zusammenarbeit und mehr Transparenz zu wagen. Russland erfuhr in dieser Atmosphäre der Transparenz weder von der geplanten Aufrüstung des Kosovo, noch von der US-Schenkung von 50 Kampffjets an Kroatien im Vorfeld der Nato-Tagung in Bukarest.

Noch weniger erfuhr der deutschsprachige Leser – die Ausnahme bildete der in Wien erscheinende *Standard* – von folgendem Ereignis, obgleich die anstehende Eigenstaatlichkeit des Kosovo fast täglich in den Tageszeitungen thematisiert wurde: Das auflagenstärkste Slowenische Blatt *Delo* veröffentlichte am 29.01.2008 die Protokolle eines Geheimgesprächs zwischen Vertretern des US-Außenministeriums und dem politischen Direktor des slowenischen Außenministeriums, Mitja Drobnic. In diesem Treffen legte die US-Delegation, angeführt von dem US-Staatssekretär im Außenministerium für europäische und eurasische Angelegenheiten, Daniel Fried, den Slowenen, die die EU-Ratspräsidentschaft innehatten, einen exakten Fahrplan für die Unabhängigkeit des Kosovo vor. In diesem war unter anderem vorgesehen, dass – wie es

denn auch geschah – in einer Sondersitzung des kosovarischen Parlaments am Sonntag den 17. Februar 2008 die staatliche Unabhängigkeit der ehemaligen Provinz Serbiens ausgerufen werden sollte. Dieses Datum an einem Sonntag sollte verhindern, dass Russland bis Montag nicht mehr die Zeit verblieb, im UN-Sicherheitsrat ein Veto einzulegen. Gleichsam wurde Slowenien von den USA aufgefordert, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der EU-Ratspräsidentschaft unverzüglich als Erster den Kosovo als Staat anzuerkennen, so dass die von den USA schon diplomatisch bearbeiteten Staaten Frankreich, Deutschland, die Türkei, Polen usw. möglichst schnell folgen könnten. Es galt wieder einmal, unumstößliche Fakten zu schaffen. Lediglich hatte die Veröffentlichung der Gesprächsdokumente eine mittlere Staatskrise in dem zu einem Befehlsempfänger degradierten Alpenstaat zur Folge: Während Drobnic seinen Posten als politischer Direktor des slowenischen Außenministeriums räumen musste, suchte man fieberhaft nach der undichten Stelle im slowenischen Ministerium. Umso wirkungsloser verpufften im Nachhinein die hilflosen Proteste Russlands, die sich auf das Völkerrecht und die UN-Resolution 1224 beriefen, als würde das jemanden noch interessieren. Angesichts neu aufgestellter Kriterien internationaler Politik durch die Definitionsmacht des Westens mitsamt der militärischen Drohkulisse, die ihr zur Verfügung steht, wirken die Versuche der Anmahnung internationalen Völkerrechts nur noch rituell.

Die auffällige Eile, mit der man die Kosovo-Anerkennung im Vorfeld der Schein-Verhandlungen mit den beteiligten Vertretern aus Serbien und dem Kosovo betrieb, mag eine Erklärung im AMBO-Projekt und in den russisch-serbischen Energieabkommen finden. Letzteres hätte Serbien eine Sonderrolle als Transitkorridor für russisches Gas verleihen können.

Doch verfügt das kleine Kosovo auch über gewaltige Bodenschätze: Die nachgewiesenen 8,3 Milliarden Tonnen Braunkohlereserven sind die größten Europas, zumal dieselbe Menge zusätzlich vermutet wird. Neben ansehnlichen Kupfervorkommen soll es beachtliche Gold- und Chromvorkommen geben.

Das Aus für das EU-Projekt Nabucco?

Ein großer Coup im Energiepoker im Wettstreit um die Kontrolle über die Gas- und Ölpipelines scheint Russland vor kurzem im Kampf gegen das EU-Projekt *Nabucco* gelungen zu sein. Dieses von der EU mit großem Ehrgeiz vorangetriebene Projekt, an dem neben der Türkei auch Österreich, Ungarn und Bulgarien beteiligt sind, sollte Gas unter gezielter Umgehung russischen Einflusses aus Zentralasien und dem Iran über die Türkei und Südosteuropa nach Europa bringen. Die Besonderheit des *Nabucco*-Projekts bestand außer in seiner Größe also darin, dass bei diesem im Unterschied zu fast allen anderen Leitungen aus dem Osten einmal ausnahmsweise der russische Konzern *Gasprom* nicht an der Produktion, am Transport und an der Vermarktung beteiligt wäre. Stattdessen beteiligten sich daran neben der erst recht spät eingestiegenen deutschen RWE türkische, österreichische, bulgarische und ungarische Energiekonzerne.

Aber das Mammutprojekt hatte schon von Anfang an einen Schönheitsfehler namens Iran, der angesichts der politischen Querelen mit den USA als Energielieferant nur theoretisch in Frage kam. Letztlich zum Scheitern gebracht hat das Projekt aber Russland: Dieses versuchte schon früh, *Nabucco* durch das Gegenprojekt *South Stream* zu konterkarieren, und zwar mit einer zu *Nabucco* nahezu parallel verlaufenden Pipeline. Zunächst gewann Russland bzw. *Gasprom* in genau jenen Ländern Vertragspartner für sein Gegenprojekt, die *Nabucco* schon zugestimmt hatten: Österreich, Ungarn und Bulgarien. Den Ausschlag gab aber das erst kürzlich von Russland mit Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan vertraglich abgeschlossene Projekt der *Kaspi*-Pipeline, das auf 25 Jahre den Verkauf riesiger Mengen zentralasiatischen Gases an *Gasprom* regelte. Damit war schon das von den USA und der EU protegierte *Transkaspi*-Projekt als Vorstufe von *Nabucco* – eine Gaspipeline aus Turkmenistan über den Grund des Kaspischen Meeres nach Aserbaidschan, von da weiter in die Türkei – in Frage gestellt. Denn mit dem russischen Vertragscoup mit den

genannten zentralasiatischen Staaten fehlt es *Nabucco* nun an dem Gas, das bezogen werden könnte, zumal ein Rückgriff auf den Iran als Lieferanten wegen amerikanischer Widerstände kaum wahrscheinlich ist.

Doch wurde das nahe liegende Scheitern des *Nabucco*-Projekts sofort von militärischen Sonderabkommen der USA mit den an der »*Kaspi*-Pipeline« beteiligten zentralasiatischen Staaten kompensiert, die kurz darauf durch hochrangige diplomatische und militärische US-Delegationen vor Ort in die Wege geleitet wurden. Währenddessen mussten sich Ungarn und Bulgarien einiges an Schelte aus den westeuropäischen Hauptstädten wegen ihrer Unzuverlässigkeit gefallen lassen.

Symptomatisch für die Zukunft scheint aber der Ablauf im Falle der *Nabucco*: Während Russland sein Energiemonopol nicht aus der Hand geben will und aufgrund alter informeller und institutioneller Verbindungen aus der Sowjetzeit einige ökonomische Erfolge einfährt, setzen die USA und die dezidierten Euroatlantiker in der EU entweder auf bilaterale militärische Abkommen mit denselben Staaten, die mit Russland wirtschaftlich kooperieren oder – wie im Falle der Ukraine und Georgiens – ganz auf die NATO.

So fand denn das absehbare Ende von *Nabucco* – wie es scheint, endgültig besiegelt durch Turkmenistans Ablehnung, der Türkei für *Nabucco* Gas zu liefern¹ – sofort eine militärische Antwort. Diese betrifft aber nicht nur die genannten bilateralen Militärabkommen der USA mit zentralasiatischen Staaten, sondern auch Verhandlungen mit der Türkei und der Ukraine über die Stationierung genau jener amerikanischen Abwehrsysteme, die in Polen und der Tschechei stationiert werden sollen.² Ein Tag vor Beginn des NATO-Gipfels in Bukarest, am 1. April, besuchte US-Präsident Bush Kiew mit dem alleinigen Ziel, die Ukraine in die NATO hinein zu werben, obgleich sich die ukrainische Bevölkerung in Umfragen mehrmals gegen diesen Schritt ausgesprochen hat. In Russland wächst indessen die Entrüstung über das ungebremste und offensive Go East der NATO.

Kooperation oder ein neuer Kalter Krieg?

Die Rolle Südosteuropas als Transitgebiet für Gas und Öl ist kaum zu unterschätzen. Sie kann im Nachhinein ein neues Licht auf die Politik der USA und der EU in den letzten 15 Jahren in diesem Raum Europas werfen, auch wenn humanitäre, historische, bündnispolitische und sozialpsychologische, aber auch heute gerne verdrängte völkerpsychologische Faktoren zu einem Motivgemenge kulminierten, das erst ein volles Bild der tragischen Ereignisse in Ex-Jugoslawien zu ergeben vermag.

Die Rolle, die Südosteuropa energiepolitisch spielt, kommt zum Beispiel in Franz-Lothar Altmanns SWP-Studie (Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit) mit dem Titel *Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU* vom Januar 2007 deutlich zum Ausdruck. Es heißt da im Kapitel »Die neue Geopolitik der Ölpipeline-Projekte«: »Es muss die Projektierung von Pipelines für den Erdöltransit durch die Balkanhalbinsel als Beitrag zur geostrategischen Versorgungssicherung Europas gesehen werden. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren hatten die USA versucht, den Bau von Pipelines zwischen der Sowjetunion und Westeuropa zu verhindern und den damit verbundenen Transfer von Technologie zu unterbinden. Seit den neunziger Jahren drängen die USA auf die Entwicklung eines Ost-West-Energiekorridors für kaspisches Öl und Gas, der nicht über russisches Territorium führt. Die USA sehen die Sicherung der Energieversorgung Europas als gemeinsames euro-atlantisches Projekt an ... Die USA sind zudem auch daran interessiert, sich an Gewinn versprechenden Investitionsvorhaben zu beteiligen und bei geschäftlichen und geostrategischen Entscheidungen Mitsprach zu erlangen.«

Das Geschilderte macht die euroatlantischen Verwicklungen in der Balkankrise im Nachhinein nachvollziehbarer. Es impliziert aber auch eine geförderte Strategie der Spaltung Europas in ein »altes« und »neues« Europa, die nicht nur im Irak-Krieg offenkundig wurde, sondern sich in nahezu identischer Konstellation in energie-

politischen Fragen, in der Frage der US-Raketenabwehr und in der Frage der Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO zeigt. Im Grunde betreffen alle Fragen das Verhältnis zu Russland, das – dazu bedarf es keiner prophetischen Fähigkeiten – zur zentralen außenpolitischen Frage Europas werden wird.

Während nun Außenminister Steinmeier in gewisser Fortführung der Russland-Politik des Ex-Kanzlers Schröder auf wirtschaftliche, politische und kulturelle Kooperation mit Russland setzt, das heißt auch russische Bedenken ernst zu nehmen gewillt ist, verfolgt die Bundeskanzlerin nachweislich einen eher russlandskeptischen Kurs. Diese unterschiedlichen Ausrichtungen zeigen sich auch in der fachpolitischen Expertendiskussion um das richtige Verhältnis zu Russland als Energiemacht. Eine Bedrohungsanalyse russische Machtbestrebungen betreffend brachte die Energiedebatte in Deutschland erst richtig ins Rollen bzw. in ein gewisses Fahrwasser: Es war Dr. Frank Umbachs in der außenpolitischen Fachzeitschrift *Internationale Politik* veröffentlichter Aufsatz *Europas nächster Kalter Krieg*, dem 2006 ein Energiethemenheft des *Spiegel* und zahlreiche Leitartikel in den Printmedien auf den Fuß folgten. Tenor des genannten und der sich daran anschließenden Flut von Artikeln: Die europäische Energieversorgung ist besonders deshalb in Gefahr, weil Russland seine Energiepolitik zu machtpolitischen Zwecken missbrauchen könnte bzw. missbraucht und als unzuverlässiger Lieferant zu gelten hat.

Während Dr. Umbach und andere jene Bedrohungsszenarien entwarfen, kamen die Energie- und Russlandexperten Roland Götz und Alexander Rahr zu ganz anderen Einschätzungen dieses Themenkomplexes.³ Sogar Sven C. Singhofen kam in seinem Arbeitspapier »Strategische Partnerschaft oder neue Konfrontation«, herausgegeben von der wahrlich nicht russlandnahen Konrad Adenauer Stiftung, diesbezüglich zu folgender Einschätzung: »Der Westen und insbesondere Deutschland ist durch Russland nicht erpressbar und läuft nicht Gefahr, den Gashahn zugedreht zu bekommen, denn zum einen ist Russland für die fortgesetzte Mo-

dernisierung seiner Infrastruktur mindestens so sehr auf die Einnahmen aus deren Export angewiesen wie der Westen auf den Import und eine sichere Versorgung mit Gas und Öl ... Zum anderen importiert Deutschland mit 34% bei Erdöl und mit 42% bei Erdgas für 2004 noch gar nicht in dem Maße Ressourcen aus Russland, als dass es dadurch erpressbar wäre.«

Die EU, Russland und die Arktis

Kritisch sehen Autoren wie Rahr Polens Vorschlag einer eigens zu gründenden »Energie-NATO«, ein Vorstoß, der von den »Alt-Europäern« mit Erfolg abgeblockt wurde. Nachdem Polen und andere »Neu-Europäer« die Ostseepipeline (North Stream) zwischen Russland und Deutschland als gegen sie gerichtetes Projekt vergeblich zu verhindern suchten, ist Russland mit seinem zweiten Großprojekt »South Stream« ein zweiter Coup gelungen, der das Misstrauen bei den europäischen Euro-Atlantikern erhöht. Dieses Misstrauen scheint sich nun auch in der EU offiziell zu institutionalisieren.

Waren im sicherheitspolitischen Dokument der EU mit dem Titel *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt* vom Dezember 2003 der Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Staatenzerfall und diverse Regionalkonflikte als Hauptbedrohungen benannt, so sind in dem im März 2008 erschienenen neuen Papier des EU-Außenbeauftragten Solana zusätzlich Klimafragen als sicherheitsrelevante eingestuft worden. Die Sorge um die Energieversorgung Europas wird als absolut prioritär angesehen. So wird in dem Papier die Wahrscheinlichkeit wachsender Konkurrenz um den »Zugang und die Kontrolle über Energieressourcen« mit der Folge »erheblicher Konflikte in den kommenden Jahrzehnten« beschworen. Weil durch den Klimawandel mit dem Abschmelzen des Polareises die Ausbeutung ungeahnter neuer Rohstoffmengen und die Eröffnung neuer See- und Handelswege in Aussicht stehe, gewinne die Arktis an strategischer Bedeutung. Wenn – so die Warnung des Papiers – »aufgrund des Klimawandels der Zugang zu diesen Energieressourcen möglich

würde, könnte es zu einem ernsthaften Konflikt zwischen Russland und Norwegen kommen, in den die Anrainerstaaten USA, Kanada und Dänemark hineingezogen würden.«⁴

So wird schon eine neue Front des Great Game jenseits des kaukasischen und kaspischen Raumes in Augenschein genommen, bevor überhaupt die Möglichkeiten alternativer Energiegewinnung voll ausgelotet und die Chancen kooperativer Regelungen scheinbar naturwüchsiger Gegenspieler in der Konkurrenz um Einflussphären und rohstoffreiche Territorien erörtert wurden.

1 So vermeldete die russische Internet-Zeitung *RIA Novosti* am 25.03.2008: »Der von der EU unterstützte Bau der Gaspipeline Nabucco aus Zentralasien unter Umgehung Russlands steht nach Angaben der türkischen Zeitung »Cumhyriyet« kurz vor dem Aus: »Die türkische Seite bekundete den Wunsch, Erdgas aus Turkmenien für das Nabucco-Projekt zu bekommen, bekam jedoch eine Absage. Ohne Mitwirkung Turkmeniens hat Nabucco keine Chance.«

2 Auch wenn vom 2. bis 4. April 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest der Aufnahme Albaniens, Mazedoniens und Kroatiens nichts im Wege steht, konnten sich laut *Financial Times Deutschland* vom 27.03. und *Spiegel online* vom 28.03.2008 Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien gegen den Willen der USA, Polens und der baltischen Staaten gegen eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine im Schnellverfahren in die NATO durchsetzen. Doch scheint das letzte Wort, wie die demonstrative Reise Bushs in die Ukraine einen Tag vor dem NATO-Gipfel-Beginn anzeigt, noch nicht gesprochen zu sein. Diese Reise bringt jetzt schon Bewegung in die innenpolitische Landschaft der Ukraine, wie der *Spiegel-online*-Artikel *Kalter Krieg in Kiew* vom 30. März 2008 im Vorfeld der Reise beschrieb. Die US-Eile in diesem Punkt lässt auch an folgende Passage in Brzezinskis geostrategischen Standardwerk *Die einzige Weltmacht* (1997) denken, einem weit unterschätzten Werk, dessen praktische Handlungsanleitungen für die US-Außenpolitik sich in vielem bis heute verwirklicht haben. Es heißt da bezüglich der Ukraine: »Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein ...« (S. 127).

3 Siehe diesbezüglich insbesondere Alexander Rahr: *Russland gibt Gas*. München 2008.

4 Zitiert bei Andreas Zumach: *Kriegsgrund Klima*. In: *Die Wochenzeitung* (WOZ), 13.03.2008.